

In der Senatssitzung am 4. Mai 2021 beschlossene Fassung

**Die Senatorin für Gesundheit,
Frauen und Verbraucherschutz**

Bremen, 03.05.2021

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 04.05.2021

Änderung der Fünfundzwanzigsten Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

A. Problem

Nach Angaben des Robert Koch-Instituts befinden wir uns bereits in der „Dritten Coronawelle“. Die 7-Tages-Inzidenzen bewegen sich - bei zeitweise leicht rückläufiger Tendenz - nach wie vor auf hohem Niveau. Hierbei ist vor allem die Verbreitungsdynamik einiger neuer Varianten von SARS-CoV-2 besorgniserregend, die sich in den letzten Wochen deutlich beschleunigt hat. Diese sogenannten besorgniserregenden Varianten (VOC), insbesondere die Variante B.1.1.7 aus Großbritannien, breitet sich im Land Bremen aktuell stark aus. Seit kurzem ist auch die Variante B.1.351 aus Südafrika im Land Bremen detektiert worden. Die aktuelle Datenlage deutet klar auf eine erhöhte Übertragbarkeit der VOC im Gegensatz zum bisherigen Coronavirus (Wildtyp) hin, zeigt schwerere Krankheitsverläufe und eine erhöhte Fallsterblichkeitsrate. Die Gesundheitsämter berichten darüber hinaus über ein zeitlich spätes Auftreten von Symptomen. Insgesamt tragen die Eigenschaften und der ansteigende Anteil der VOC zu einer Verschärfung der Lage bei. Umgekehrt sind die Impfquoten im Land Bremen und bundesweit noch zu niedrig, um effektiv Infektionsketten zu unterbrechen.

Vor diesem Hintergrund hat der Bund mit dem Vierten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 22. April 2021 (BGBl. I S. 802) die sogenannte „Notbremsenregelung“ in das Infektionsschutzgesetz eingefügt. Das Gesetz enthält mit dem neuen § 28b IfSG nunmehr eine Regelung, die in Abhängigkeit vom Sieben-Tages-Inzidenzwert in den jeweils betroffenen Landkreisen und kreisfreien Städten automatisch bundeseinheitliche Maßnahmen zur Eindämmung der weiteren Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in Kraft setzt. Die Anordnung weitergehender Schutzmaßnahmen durch Verordnungen der Länder bleibt dabei zulässig.

In der 25. Coronaverordnung des Landes Bremen sollen nunmehr Anpassungen an die bundesrechtlichen Bestimmungen vorgenommen und bundesrechtliche Regelungslücken ausgefüllt werden. Dabei sollen insbesondere Verfahrensfragen zur Anwendung sog. Selbsttests, eine Annahmepflicht für Arbeitnehmer in Bezug auf Testangebote von Arbeitgebern, eine Gleichstellung genesener und geimpfter mit negativ getesteten Personen

und eine Maskenpflicht für Grundschülerinnen und –schüler geregelt werden. Außerdem sollen redaktionelle Änderung zur Bereinigung der Coronaverordnung vorgenommen werden.

B. Lösung

Die Fünfundzwanzigste Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wird durch die Erste Verordnung zur Änderung der Fünfundzwanzigsten Coronaverordnung geändert. Wegen der Einzelheiten wird auf die anliegenden Entwürfe der Änderungsverordnung und der Begründung Bezug genommen.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Finanzielle Auswirkungen können durch die Annahmepflicht von Testangeboten entstehen, da diese auch für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gilt und zu einer Zunahme von Testungen führen kann. Demgegenüber kann die Gleichstellung genesener und geimpfter Personen mit negativ Getesteten mittelfristig zu einer Abnahme von Testungen führen. Es kann nicht verlässlich abgeschätzt werden, ob sich insgesamt ein zusätzlicher Mittelbedarf ergibt.

Der Verordnungsentwurf hat gleichermaßen Auswirkungen auf Frauen und Männer, so dass gleichstellungspolitische Aspekte nicht berührt sind.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Abstimmung mit folgenden Ressorts ist eingeleitet worden:

- dem Senator für Finanzen;
- der Senatorin für Kinder und Bildung;
- der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport;
- der Senator für Inneres;
- die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa;
- die Bremer Senatskanzlei;
- die Senatorin für Justiz und Verfassung;
- dem Magistrat der Stadt Bremerhaven.

Die rechtsförmliche Prüfung des Verordnungsentwurfs durch die Senatorin für Justiz und Verfassung ist eingeleitet worden.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

1. Der Senat stimmt der Vorlage der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz vom 03. Mai 2021 über die vorgeschlagenen Änderungen der Fünfundzwanzigsten Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Fünfundzwanzigste Corona-Verordnung) zu.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, die notwendigen Änderungen in der Fünfundzwanzigsten Corona-Verordnung vorzunehmen.
3. Der Senat beschließt die Erste Verordnung zur Änderung der Fünfundzwanzigsten Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und bittet vorbehaltlich der Beschlussfassung in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) um Ausfertigung und Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Erste Verordnung zur Änderung der Fünfundzwanzigsten Coronaverordnung

Vom

Auf Grund des § 32 Satz 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. April 2021 (BGBl. I S. 802) geändert worden ist, in Verbindung mit § 6 Satz 1 der Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz vom 11. September 2018 (Brem.GBl. S. 425 — 2126-e-1), die durch Verordnung vom 12. Mai 2020 (Brem.GBl. S. 292) geändert worden ist, wird verordnet:

Artikel 1

Die Fünfundzwanzigste Coronaverordnung vom 21. April 2021 (Brem.GBl. S 382) wird wie folgt geändert:

1. Nach § 3 wird folgender § 3a eingefügt:

„§ 3a

Testungen, Ausnahmen für geimpfte oder genesene Personen

(1) Soweit im Anwendungsbereich dieser Verordnung

1. die Öffnung von Ladengeschäften nach § 28b Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 Halbsatz 2 Buchstabe b,
2. die Öffnung der Außenbereiche von zoologischen und botanischen Gärten nach § 28b Absatz 1 Satz 1 Nummer 5,
3. die Anleitung von Kindern beim Sport nach § 28b Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 Halbsatz 2 oder
4. die Wahrnehmung von Dienstleistungen eines Friseurbetriebs oder der Fußpflege nach § 28b Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 des Infektionsschutzgesetzes

nur nach Vorlage eines negativen Ergebnisses einer mittels eines anerkannten Tests durchgeführten Testung auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 zulässig ist, gilt § 28b Absatz 9 Satz 1 mit der Maßgabe, dass Tests zur Eigenanwendung (Selbsttests) vor dem Betreten der in Nummer 1, 2 oder 4 genannten Einrichtung oder vor Beginn der in Nummer 3 genannten Tätigkeit in Anwesenheit einer verantwortlichen oder beauftragten Person von der zu testenden Person durchzuführen sind.

(2) Wird Beschäftigten nach § 5 Absatz 1 der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung von ihrem Arbeitgeber ein Test in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 angeboten, sind diese ab dem 10. Mai 2021 verpflichtet, das Angebot anzunehmen und einen Test durchzuführen oder durchführen zu lassen. Absatz 3 gilt entsprechend.

(3) Soweit in § 28b des Infektionsschutzgesetzes oder in dieser Verordnung die Vorlage eines negativen Testergebnisses in Bezug auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vorgesehen ist und soweit Bundesrecht nicht entgegensteht, stehen dem erforderlichen negativen Testnachweis gleich:

1. der Nachweis einer vollständigen Impfung gegen COVID-19 mit einem in der Europäischen Union zugelassenen Impfstoff ab Tag 15 nach der abschließenden Impfung,
 2. der Nachweis einer durch PCR-Test bestätigten, nicht mehr als sechs Monate zurückliegenden Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 nach dem Ende der Absonderungspflicht.“
2. In § 4 Absatz 2 wird die Angabe „9. Mai 2021“ durch die Angabe „6. Juni 2021“ ersetzt.
3. § 17 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„Wird durch die zuständige Behörde für eine Stadtgemeinde die Maßnahme gemäß § 28b Absatz 3 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes (Präsenzunterricht nur in Form von Wechselunterricht) wegen Überschreitung des Inzidenzwertes von 100 oder wegen Unterschreitung des Inzidenzwertes von 165 bekannt gemacht, gilt bis zur Bekanntmachung des Außerkrafttretens dieser Maßnahme durch die zuständige Behörde die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung im Sinne von § 3 Absatz 2 Satz 2 in der jeweiligen Stadtgemeinde auch für Grundschülerinnen und Grundschüler.“
 - bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Die Pflicht nach Satz 4 gilt ab der Überschreitung des Inzidenzwertes von 100 auch in der Notbetreuung.“
 - b) In Absatz 6 Satz 1 werden die Wörter „der Kategorie I“ gestrichen.
 - c) In Absatz 7 Satz 1 werden die Wörter „der Kategorie I“ gestrichen und die Angabe „§ 19 Absatz 3a“ durch die Angabe „§ 19 Absatz 2b“ ersetzt.
4. § 19 wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift werden die Wörter „der Kategorie I“ gestrichen.
 - b) In Absatz 2a wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

„Absatz 2 Satz 1 gilt darüber hinaus nicht für medizinisches Personal, soweit dieses eine geeignete persönliche Schutzausrüstung getragen hat.“
 - c) In Absatz 2b werden die Wörter „abweichend von Absatz 2 Satz 4“ gestrichen.
 - d) Absatz 4 wird aufgehoben.
 - e) In Absatz 4a wird die Angabe „(4a)“ durch die Angabe „(4)“ ersetzt.

5. § 22a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird aufgehoben.

b) In Absatz 3 wird die Angabe „(3)“ durch die Angabe „(2)“ ersetzt.

6. § 25 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird die Angabe „10. Mai 2021“ durch die Angabe „7. Juni 2021“ ersetzt.

b) Nach Absatz 3 werden folgende Absätze 4 und 5 angefügt:

„(4) Im Geltungsbereich des § 28b des Infektionsschutzgesetzes gelten die den dort geregelten Vorschriften entsprechenden Vorschriften dieser Verordnung nur insoweit, als sie weitergehende Schutzmaßnahmen im Sinne des § 28b Absatz 5 des Infektionsschutzgesetzes enthalten. Für die auf diese Verordnung gestützten Allgemeinverfügungen gilt Satz 1 entsprechend.

(5) Abweichend von § 4 Absatz 1 der Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz kann die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz hinsichtlich der Aus- und Weiterbildungsstätten der Gesundheitsfachberufe, für die nicht die Senatorin für Kinder und Bildung zuständig ist, Ausnahmen von der Untersagung der Durchführung von Präsenzunterricht für Abschlussklassen nach § 28b Absatz 3 Satz 4 des Infektionsschutzgesetzes erteilen. Im Übrigen kann die Senatorin für Kinder und Bildung abweichend von § 4 Absatz 1 der Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz Ausnahmen nach § 28b Absatz 3 Satz 4 des Infektionsschutzgesetzes erteilen sowie eine Notbetreuung nach § 28b Absatz 3 Satz 5 des Infektionsschutzgesetzes einrichten.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bremen, den xx. Mai 2021

Die Senatorin für Gesundheit,
Frauen und Verbraucherschutz

Begründung der Ersten Verordnung zur Änderung der Fünfundzwanzigsten Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2

Die vorliegende Begründung stellt eine allgemeine Begründung im Sinne von § 28a Absatz 5 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes (im Folgenden: IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. April 2021 (BGBl. I S. 802) geändert worden ist, dar. Danach sind Rechtsverordnungen, die nach § 32 in Verbindung mit § 28 Absatz 1 und § 28a Absatz 1 IfSG erlassen werden, mit einer allgemeinen Begründung zu versehen.

Seit dem 25. März 2020 sind in Bremen mindestens 452 Todesfälle aufgrund einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 zu beklagen (Stand: 29.04.2021, 9.00 Uhr).

Aktuell liegt der 7-Tage-Inzidenzwert in der Stadt Bremen bei 145,7 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen (Stand: 29.04.2021, 9.00 Uhr). Für die Stadt Bremerhaven liegt der 7-Tage-Inzidenzwert bei 150,5 (Stand: 29.04.2021, 9.00 Uhr).

Die in dieser Verordnung vorgenommenen Änderungen dienen der Anpassung der bremischen Coronaverordnung an die Einführung der sog. Notbremse durch § 28b des Infektionsschutzgesetzes sowie der redaktionellen Bereinigung und der weiteren Verlängerung der landesrechtlichen Maßnahmen.

Zu Artikel 1:

Zu Nummer 1:

Mit der Einfügung eines neuen § 3a Absatz 1 soll das Verfahren geregelt werden, das in Bremen bei der Anwendung von Selbsttests eingehalten werden soll, wenn deren negatives Ergebnis im Rahmen der Notbremsenregelung des Bundes die Inanspruchnahme bestimmter Rechte ermöglicht.

Selbsttests gehören zu den anerkannten Tests im Sinne des § 28b Absatz 9 des Infektionsschutzgesetzes. Sie können vom Anwender grundsätzlich eigenständig und ohne fachkundige Anleitung oder Kontrolle vorgenommen werden. Soll das Testergebnis, wenn es negativ ausfällt, jedoch den Zugang zu den in § 28b Absatz 1 Satz 1 Nr. 4, 5, 6 oder 8 IfSG geregelten Bereichen, d.h. zu Ladengeschäften nach vorheriger Terminbuchung, Außenbereichen zoologischer oder botanischer Gärten, Gruppentrainings für Kinder oder Friseur- oder Fußpflegebesuchen ermöglichen, soll der Grundsatz der Eigenanwendung dahingehend eingeschränkt werden, dass die Tests in Anwesenheit einer Person durchzuführen sind, die für den genannten Bereich jeweils verantwortlich ist. Diese ausschließlich das Verfahren der Testung betreffende Regelung dient dem Zweck, sicherzustellen, dass nur die negativ getestete Person Zugang zu den betreffenden Bereichen erhält und die Testung innerhalb der letzten 24 Stunden vor dem Zugang durchgeführt wurde. Damit stellt sie insbesondere sicher, dass die vom Bundesgesetzgeber vorausgesetzte Anforderung der Identität der getesteten Person mit der Person, die den Test vorlegt, und die ausdrücklich aufgestellte Voraussetzung, dass der Test innerhalb der letzten 24 Stunden vor Gewährung des Zugangs zu den genannten Bereichen vorgenommen worden sein muss, in der Praxis eingehalten werden.

Vor dem Hintergrund, dass die bundesgesetzlichen Regelungen, auf die sich der neue § 3a bezieht, erst beim Überschreiten eines Inzidenzwerts von 100 bzw. im Fall der Ladenöffnung für einzelne Kunden oder Kundinnen nach vorheriger Terminbuchung beim Überschreiten eines Inzidenzwertes von 150 gelten, ist die landesrechtliche Vorschrift auch angemessen. Beim Vorliegen erhöhter Inzidenzwerte erlangt die Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Coronavirus eine besondere Relevanz, die die mit dem neuen § 3a verbundene Einschränkung, den Selbsttest nicht ohne Anwesenheit Dritter an beliebigen Orten durchführen zu können, rechtfertigt. Hinzu kommt, dass die Vorschrift nicht mit weiteren Belastungen für die Betroffenen, etwa Nachweis- oder Dokumentationspflichten oder Sanktionen für Rechtsverstöße, verbunden ist. Auch hierdurch wird deutlich, dass es sich um eine bloße Ausgestaltung des Testverfahrens handelt, die nicht zu einer wesentlichen Einschränkung der Betroffenenrechte führt.

Mit Absatz 2 des neuen § 3a soll der Beschluss des Senats vom 27. April 2021 zur Vorlage 1290/20 (Testpflicht in Unternehmen) umgesetzt werden. Der Senat hat sich in seinem Beschluss für die Einführung einer echten Testpflicht für Unternehmen – im Sinne einer Testannahmepflicht durch Beschäftigte – ausgesprochen und die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz gebeten, diese in die Coronaverordnung des Landes Bremen aufzunehmen. Zur Begründung der Regelung in § 3a Absatz 2 wird auf die Ausführungen der Senatskanzlei in der genannten Senatsvorlage Bezug genommen.

Nach Absatz 3 des neuen § 3a sollen künftig vollständig gegen COVID-19 Geimpfte und Genesene, die vor nicht mehr als sechs Monaten mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 infiziert waren, den Personen gleichgestellt sein, die zeitnah mit einem negativen Ergebnis auf eine Infektion mit diesem Erreger getestet worden sind. Diesen Personen sollen demnach insbesondere dieselben Rechte auf Zugang zu Bereichen und auf Inanspruchnahme von Leistungen haben, die bislang nur aufgrund eines aktuellen Tests mit negativem Ergebnis zur Verfügung standen. Änderungen dieser Zugangs- und Teilnahmerechte werden sich danach künftig sowohl auf negativ getestete als auch auf vollständig geimpfte oder genesene Personen auswirken.

Zu Nummer 2:

Es wird die Verlängerung der Geltungsdauer der Maßnahmen nach § 4 Absatz 2 angeordnet.

Zu Nummer 3:

In § 17 Absatz 5 soll eine Maskenpflicht für Grundschülerinnen und –schüler eingeführt werden, die bei einer Überschreitung des Inzidenzwertes von 100 an Präsenzunterricht in Form von Wechselunterricht in ihrer Grundschule teilnehmen. Diese Pflicht soll auch für die Notbetreuung gelten, sofern diese wegen hoher Inzidenzwerte an Grundschulen eingerichtet wurde. Aufgrund des geringen Alters der von der Maskenpflicht betroffenen Schülerinnen und Schüler müssen diese keine FFP2-Masken oder sonstige medizinische Masken tragen, sondern können jede andere nach § 3 Absatz 2 Satz 2 der Coronaverordnung zugelassene Mund-Nasen-

Bedeckung tragen, z.B. Alltagsmasken. Die Regelung soll damit insbesondere zum Schutz von Grundschülerinnen und –schülern, aber auch von deren Angehörigen und dem Lehrpersonal vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 beitragen.

In § 17 Absatz 6 und 7 sollen darüber hinaus redaktionelle Bereinigungen vorgenommen werden.

Zu Nummer 4:

Es handelt sich um redaktionelle Bereinigungen.

Zu Nummer 5:

§ 22a Absatz 2 kann ersatzlos entfallen, da die Maßnahmen, die bei einer Überschreitung des Sieben-Tage-Inzidenzwertes von 100 gelten sollen, abschließend durch § 28b des Infektionsschutzgesetzes geregelt werden.

Zu Nummer 6:

Durch die Änderung des § 25 Absatz 2 wird die Geltungsdauer der Verordnung bis zum 7. Juni 2021 verlängert.

Außerdem wird mit dem neuen Absatz 4 verdeutlicht, dass die Vorschriften der bremischen Coronaverordnung hinter die sog. Notbremsenregelung des § 28b des Infektionsschutzgesetzes zurücktreten, sofern sie gleiche Sachverhalte erfassen, für diese aber keine weitergehenden Schutzmaßnahmen vorsehen. Die Bestimmung hat ausschließlich deklaratorischen Charakter.

Mit Absatz 5 wird von der in § 28b Absatz 3 Satz 4 und 5 des Infektionsschutzgesetzes enthaltenen Ermächtigung Gebrauch gemacht, durch Landesrecht die Zuständigkeiten für die Erteilung von Ausnahmen von dem Präsenzunterrichtsverbot für Abschlussklassen und Förderschulen sowie für die Einrichtung einer Notbetreuung festzulegen. Diese Zuständigkeiten sollen den Fachressorts der Senatorin für Kinder und Bildung sowie der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz übertragen werden. Damit soll insoweit von den Vorschriften der Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz abgewichen werden, die eine generelle Zuständigkeit der kommunalen Ordnungsbehörden für die Durchführung des Infektionsschutzgesetzes vorsehen.

Zu Artikel 2:

Es wird das Inkrafttreten geregelt.

Bremen, den 03. Mai 2021

Die Senatorin für Gesundheit,
Frauen und Verbraucherschutz